

Amt für Informationstechnik und Statistik

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1130/25

Titel der Drucksache

Antrag der Fraktionen CDU, SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0415/25 - Die Digitalisierung der Verwaltung in Erfurt strategisch anpacken und umsetzen

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-------|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Nein. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Ja. |

Stellungnahme

Das Amt für Informationstechnik und Statistik nimmt zum Änderungsantrag wie folgt Stellung.

*Der Beschlusstext der Drucksache wird wie folgt geändert:
(Streichungen durchgestrichen und Ergänzungen fett markiert)*

01

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Fokus auf die Aspekte **Bedienungsfreundlichkeit** und **Barrierearmutfreiheit** bis Ende 2025*

- a. die städtische Homepage zu modernisieren,*
- ~~b. die Erfurt-App grundsätzlich inhaltlich, vor allem für eine touristischen Nutzung, zu überarbeiten,~~*
- c. wird b. (neu) den Online-Bürgerservice gemäß Online-Zugangsgesetz kontinuierlich auszubauen mit dem Ziel, sämtliche Verwaltungsvorgänge digital abwickeln zu können.***
- c. den Beirat für Menschen mit Behinderungen dabei einzubeziehen.***

02

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zum Ende **Februar 2026** ~~des 3. Quartals 2025~~ eine Umsetzungsstrategie zur beschleunigten Verwaltungsdigitalisierung vorzulegen. **Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, die Entwicklung der Umsetzungsstrategie an einen externen Dienstleister zu vergeben, der über umfassende Erfahrung in der Verwaltungsdigitalisierung verfügt. Dadurch kann gewährleistet werden, dass moderne Best Practices einfließen und eine realistische und effiziente Planung erfolgt.** Diese Umsetzungsstrategie soll einen konkreten Fahrplan inklusive zu erreichender Meilensteinen für einen Zeithorizont von insgesamt höchstens 5 Jahren für folgende Aspekte aufstellen:*

- a. Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse zur Effizienzsteigerung*
- b. nachhaltig finanziell unterlegte Schulungskonzepte für Mitarbeiter**ende**—der Stadtverwaltung*
- c. Maßnahmen zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes*
- d. Etablierung eines geeigneten Formats für die Einbindung der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, um Bedürfnisse frühzeitig zu identifizieren und die Akzeptanz digitaler***

Angebote zu erhöhen.

- e. Umsetzung von IT-Sicherheitsmanagement, Cybersicherheit und Datenschutz*
- f. Digitalisierung kommunaler Gremienarbeit*
- g. Aufzeigen geplanter (auch kommunal übergreifender) Vorhaben, beispielsweise im Bereich KI und smart cities*
- h. Aufzeigen geplanter Finanzierungen von Projekten unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten*

03

*Bei der Erstellung der Umsetzungsstrategie durch die Stadtverwaltung sind die **Barrierefreiheit** ~~amut~~ (Zugang der digitalen Angebote für alle Menschen unabhängig von technischen Vorkenntnissen, Alter oder Behinderungen) sowie der Einsatz ~~ressourcenschonender Technologien~~ **und nachhaltiger** ~~umweltfreundlicher~~ IT-Lösungen (Green IT) zu berücksichtigen. **Die Strategie soll zudem prüfen, inwieweit Open-Source-Lösungen genutzt werden können, um Kosten zu reduzieren und Abhängigkeiten zu vermeiden. Zudem sollen Synergien mit anderen Kommunen geprüft werden, um gemeinsam digitale Lösungen zu entwickeln und zu nutzen.***

04

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Ausschuss jährlich im Februar einen Fortschrittsbericht zum Umsetzungsstand der Beschlusspunkte dieses Antrags vorzulegen.

Stellungnahme:

BP04 bleibt hier unverändert und wird mit Verweis auf die Stellungnahme des Dezernats 02 zur Ursprungsdrucksache 0415/25 empfohlen.

Sofern der Stadtrat einen Beschluss zur Digitalisierung fassen möchte, wird insgesamt empfohlen, den vorliegenden Änderungsantrag zu beschließen. Sollte sich im Zuge der möglichen Einbeziehung externer Dienstleister (insbesondere mit Blick auf den Vergabeprozess) eine Verzögerung ergeben, wird die Verwaltung den Stadtrat rechtzeitig informieren.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Dr. T. Stefani

Unterschrift Amtsleitung

30.04.2025

Datum